

Sehr geehrte Damen und Herren,

**Frage 1: Lebensstandard im Alter sichern:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das ursprüngliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben, wie er vor 1990 erreicht war?

Wir wollen ein weiteres Absinken des Rentenniveaus verhindern. Ich werde mich dafür einsetzen, dass das Rentenniveau über 50% liegt. Das wollen wir mit verschiedenen Maßnahmen erreichen. Zum Einen sollen alle Einkommensarten in Form einer Bürger\*innenversicherung zur Finanzierung der Rente herangezogen werden. Alle Berufsgruppen sollen dann integriert werden. Darüber hinaus wollen wir eine Garantierente einführen und die Rentensysteme West und Ost zusammenführen. Die Rentenbeiträge dürfen für die jüngere Generation nicht übermäßig steigen. Im Zweifel müssen Steuern zur Finanzierung des Systems herangezogen werden, insbesondere für die versicherungsfremden Leistungen. So wollen wir die gesetzliche Rente ganz klar als die wichtigste Säule neben der privaten und betrieblichen Rente stärken.

Für weitere Infos finden Sie unseren Parteitagebeschluss unter [https://bdk.antragsgruen.de/40/Wir\\_investieren\\_in\\_Gerechtigkeit-38726](https://bdk.antragsgruen.de/40/Wir_investieren_in_Gerechtigkeit-38726)

Wir hatten auch eine Rentenkommission eingesetzt, die sich ausführlich mit dem Sicherungsniveau auseinandergesetzt hat: [https://www.gruene.de/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/GRUENE\\_Abschlussbericht\\_Rentenkommission.pdf](https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/GRUENE_Abschlussbericht_Rentenkommission.pdf)

**Frage 2: Altersarmut verhindern:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirksame Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?

Ja das werde ich tun. Wir setzen uns für eine Garantierente ein, die über der Grundsicherung liegt und zielsicherer wirkt als eine Hochwertung auf 75% des Durchschnitts. Damit sich Beitragszahlung auch für Geringverdiener\*innen lohnt, muss sich diese bei erfolgten Beitragszahlungen auch höher sein als bei Menschen, die keine Beiträge eingezahlt haben. Das betrifft vor allem Frauen und Teilzeitbeschäftigte. Wer aus rein medizinischen Gründen eine Erwerbsminderungsrente bezieht, darf nicht durch Abschläge bestraft werden. Wir setzen vor allen Dingen dafür ein, dass die Leistungen für jene verbessert werden, die aus gesundheitlicher Gründen vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden **müssen** (und das oft weit vor dem 60. Lebensjahr).

Das Gesamtkonzept finden Sie unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/134/1713493.pdf>

**Frage 3: Erwerbstätigenversicherung:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen gesetzlichen Altersversorgungssysteme zu einer solidarischen Rentenversicherung zusammengefasst werden, in die alle Erwerbstätigen einzahlen?

Ja! Wir wollen eine Bürger\*innenversicherung sowohl in der Kranken- und Pflege- wie auch in der Rentenversicherung. Dazu sollen alle Einkommensarten und alle Berufsgruppen in die Finanzierung eingebunden werden.

**Frage 4: Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stärken:**

Werden Sie sich dafür einsetzen, die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem z.B. sämtliche nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden und Förderungsbeträge zur privaten Rentenversicherung zukünftig zur Finanzstärkung der gRV umgeleitet werden?

Das sind zwei Fragen, die ich beide mit Ja beantworte.

Zur ersten ein ganz klares Ja! Versicherungsfremde Leistungen müssen aus Steuergeldern bezahlt werden.

Zur zweiten Frage: Die gesetzliche Rente muss wieder gegenüber privater und betrieblicher Rente gestärkt werden. Deswegen muss es möglich sein Beiträge ins gesetzliche Rentensystem einzuzahlen (statt in eine private Riesterrente) und dafür ebenfalls die Riester-Förderung zu erhalten. Somit kommen die Riesterbeiträge in ein solidarisches System, welches zudem weniger Bürokratiekosten aufweist.

**Frage 5: Rentenpolitische Fehler korrigieren:** Werden Sie sich dafür einsetzen, fehlerhafte rentenpolitische Entscheidungen zu korrigieren, insbesondere: Riester-Rente, nachgelagerte Besteuerung (z.B. durch höhere Freibeträge), doppelte bzw. nachträgliche Verbeitragung in die Kranken-/Pflegeversicherung, Privatisierung der Berufsunfähigkeitsrente, Zwangsverrentung von Hartz-IV-Empfängern, die immer noch nicht erfolgte Gleichstellung von Ost- zu West-Renten?

Ja, wir wollen viele Entscheidungen der Vergangenheit korrigieren.

Die Riesterrente ist aus meiner Sicht ein Desaster - stattdessen muss die gesetzliche Rente wieder gestärkt werden. Wir wollen stattdessen einen öffentlich verwalteten Rentenfonds, in dem ähnlich dem Riestersystem Zuschüsse gewährt werden und der in soziale und ökologische Projekte investiert, statt sich an Spekulationen zu beteiligen.

Die immer stärkere steuerliche Belastung der Renten muss zurückgedrängt werden, v.a. durch höhere Freibeträge.

Bei den Erwerbsminderungsrenten sehen wir deutlichen Nachbesserungsbedarf und fordern die Abschaffung der Abschläge, sofern der Zugang zur EM-Rente aus rein medizinischen Gründen erfolgte. Die Zwangsverrentung lehnen wir komplett ab. Die Rentensysteme in Ost und West wollen wir sofort zusammenführen.

--

Clemens Rostock  
Vorsitzender  
Bündnis 90/Die Grünen  
Landesverband Brandenburg  
Jägerstraße 18, 14467 Potsdam  
T 0331 979 31 10  
F 0331 979 31 19  
M 0170 152 70 60